

**II-1402 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 711 /J

1984 -05- 0 9

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten STEINBAUER, Dr.GRAFF, BURGSTALLER, Dr.LICHAL  
und Kollegen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Irreführung der Öffentlichkeit bei der Finanzierung  
des Konferenzentrums

Seit mehr als zwei Jahren wird die österreichische Öffentlichkeit wiederholt über die Finanzierung des Konferenzentrums falsch informiert und mit unwahren Behauptungen konfrontiert.

Am 8.1.1982 versprach die SPÖ eine Finanzierung des Konferenzpalastes durch arabische Gruppen zu einem Zinssatz von 4 %.

Dieses Versprechen wurde nicht gehalten.

Am 2. März 1983 erklärte der damalige Bundeskanzler Dr.Kreisky im Nationalrat, daß die Verträge mit den Arabern zur Finanzierung des Baus noch vor den Nationalratswahlen unterschrieben würden.

Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten.

Am 2. März 1983 versprach überdies Finanzminister Dr. Salcher, daß die durch die arabische Finanzierung notwendig werdende 2. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle bis 30. November 1983 dem Nationalrat vorgelegt werde.

Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten.

Am 4. November 1983 teilte der Finanzminister mit, daß die Finanzierung jetzt fix sei und der Vertrag mit den arabischen Geldgebern abgeschlossen wurde.

Diese Behauptung war unwahr.

Am 22. Februar 1984 erklärte der Finanzminister im Nationalrat: "Das Vertragswerk wurde Anfang Februar 1984 paraphiert; damit ist die Einigung über den Inhalt des Vertrages auch schriftlich festgehalten und bestätigt."

Diese Behauptung war unwahr.

Am 15. März 1984 kündigte der Finanzminister an, daß er noch in der letzten März-Woche dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zur Änderung des IAKW-Gesetzes zuleiten und den Nationalratsklubs die Vertragstexte zur Verfügung stellen werde.

Diese Versprechen wurden nicht eingehalten.

Am 6. Mai 1984 mußte nunmehr auch Bundeskanzler Dr. Sinowatz in der Pressestunde zugeben, "daß die arabischen Partner unter sich noch verhandeln, welchen Anteil jedes Land übernimmt".

Diese Äußerung des Bundeskanzlers steht in eklatantem Widerspruch zur Erklärung des Finanzministers vom 22.2.1984 im Parlament.

Somit hat Finanzminister Salcher in der Frage der arabischen Finanzierung des Konferenzentrums nicht nur die Öffentlichkeit immer wieder mit leeren Versprechungen vertröstet, sondern vor dem Parlament und damit vor den Wählerinnen und Wählern die Unwahrheit gesagt.

- 3 -

Angesichts dieser Tatsache stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Tatsache, daß Ihr Finanzminister die arabische Finanzierung des Konferenz-zentrums nicht zustande bringt ?
2. Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus, daß der Finanzminister im Parlament die Unwahrheit gesagt hat ?
3. Warum wurde die Zusage nicht eingehalten, dem Nationalrat bis Ende März 1984 eine Regierungsvorlage des IAKW-Finanzierungsgesetzes vorzulegen ?
4. Wann werden Sie dem Nationalrat eine solche Regierungsvorlage zuleiten ?
5. Warum haben die Parlamentsklubs nicht - wie versprochen - die Verträge zur Einsichtnahme bekommen ?
6. Wann werden den Parlamentsklubs die Vertragstexte zur Verfügung gestellt ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.